

Wertpapiergebundene Zeitwertkonten und bAV (II)

Die bilanziellen und steuerlichen Effekte bei Personengesellschaften

Christoph Spielmann, Sebastian Uckermann

In Ausgabe 2/2008 von „Vermögen & Steuern“ wurden ausführliche Vorteilhaftigkeitsüberlegungen angestellt, inwieweit beim Einsatz eines Zeitwertkontensystems innerhalb einer Kapitalgesellschaft steuerbilanzielle Vorteile für das Wertguthaben führende Unternehmen entstehen. Die nachfolgende Darstellung befasst sich mit derartigen Überlegungen für Personengesellschaften. (Red.)

Das Ergebnis der Betrachtung bei Anlage der Wertguthaben im Betriebsvermögen einer Kapitalgesellschaft ist eindeutig: Nicht nur die Arbeitnehmer, wie fälschlicherweise oftmals postuliert, sondern auch für die betroffenen Arbeitgeber ergeben sich markante finanzwirtschaftliche Vorteile bei der Führung eines unternehmensinternen Zeitwertkontos.

Vor diesem Hintergrund bieten sich enorme Gestaltungschancen für die steuer-, unternehmens- und finanzberatenden Berufe bei Firmenkundengesprächen, um die Geschäftsleitungen der Unternehmen ausführlich über die positiven bilanziellen Ergebnisse aufzuklären (siehe auch V&S 9/2007, Seite 40 ff.).

Zeitwertkonten und bilanzierende Personengesellschaften

Bei der Darstellung der bilanziellen Auswirkungen von thesaurierten Veräußerungs- beziehungsweise Kursgewinnen und Zinserträgen wird unterstellt, dass eine Personengesellschaft die Wertguthaben in inländische oder ausländische Aktienfonds sowie in Rentenfonds angelegt hat.

Die Personengesellschaft wird hierbei als natürliche Person beziehungsweise betrieblicher Anleger bezeichnet, der die Anteile an Aktienfonds im Betriebsvermögen verwahrt.

Für die Besteuerung aus transparentem Investmentvermögen gilt somit für Personengesellschaften, die thesaurierte Veräußerungs- beziehungsweise Kursgewinne aus Aktienfonds vereinnahmen, dass diese bis zu ihrer Realisierung als nicht zugeflossen gelten (vergleiche Paragraphen 1 und 2 Investmentsteuergesetz sowie BMF-Schreiben vom 2. Juni 2005, Az.: IV C 1 – S 1980 – 1 – 87/05). Aus Vereinfachungsgründen werden in diesem Zusammenhang inländische und ausländische Dividendenzahlungen, unabhängig ob diese thesauriert oder ausgeschüttet werden, außer Ansatz gelassen.

Legt ein Unternehmen in Form einer Personengesellschaft hingegen die Wertguthaben in Rentenfonds an, so sind die hierbei entstehenden Zinsen voll steuerpflichtig (vergleiche Paragraphen 1 Abs. 3, 2 Abs. 1 Investmentsteuergesetz in Verbindung mit BMF-Schreiben vom 2. Juni 2005, Az.: IV C 1 – S 1980 – 1 – 87/05). Dies ist unabhängig davon, ob die Zinsen direkt an das Unternehmen ausgeschüttet oder wieder in den Rentenfonds investiert werden (Thesaurierung). Somit erfolgt in diesen Fällen eine jährliche Besteuerung dieser Erträge auf Unternehmensebene.

In der Modellberechnung wird unterstellt, dass die dargestellte Rentenfondsanlage ausschließlich Zinserträge erwirtschaftet. Veräußerungsgewinne aus Rentenfonds fließen aus Vereinfachungsgründen nicht mit in die Betrachtung ein. Sollten andere Anlageformen gewählt werden, die nur einen bestimmten Anteil der genannten Wertpapiere enthalten, sind die Modellberechnungen auf diesen Anteil zu reduzieren.

Einkommensteuerrecht versus Körperschaftsteuerrecht

Das Einkommensteuerrecht der Personengesellschaft und ihrer Gesellschafter unterscheidet sich grundlegend von

den Besteuerungsgrundlagen der Kapitalgesellschaft und ihrer Anteilseigner durch die Steuersubjektivität der Gesellschaft. Die Kapitalgesellschaft ist Körperschaftsteuersubjekt; hingegen ist die Personengesellschaft kein Einkommensteuersubjekt. Subjekt der Einkommensteuer ist die natürliche Person (Paragraph 1 EStG).

Somit sind es also in Person die Gesellschafter und Mitunternehmer einer Personengesellschaft im Sinne des Paragraphen 15 EStG. Daher werden die Gewinne der Personengesellschaft nach dem Transparenzprinzip unmittelbar der natürlichen Person zugerechnet, während die Gewinne der Kapitalgesellschaft nach dem Trennungsprinzip zunächst der Körperschaftsteuer und dann erst in Gestalt von Gewinnausschüttungen (Paragraph 20 EStG) der Einkommensteuer unterliegen.

In diesem Zusammenhang wird für die maximale nominelle Gesamtsteuerbelastung bei den nachfolgenden Berechnungen ein pauschaler Einkommensteuersatz von 40 Prozent auf der Gesellschafterebene unterstellt. Aus Vereinfachungsgründen werden gewerbsteuerliche Aspekte nicht mit einbezogen.

Weiterführende Berechnungen – Definitionen

Bei den nachfolgenden Berechnungen und Darstellungen gilt es zuvor noch folgende Definitionen zu beachten:

- Aus Gründen der leichten Verständlichkeit und besseren Übersicht der nachfolgenden Ausarbeitungen werden die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Sozialversicherungsabgaben nicht mit in die Berechnungen einbezogen. Hierzu zählen ebenfalls die aus Gründen der Insolvenzsicherung grundsätzlich mit einzuzahlenden Arbeitgeber-Sozialversicherungsbeiträge im Rahmen einer Wertguthabenbildung nach dem „Flexi-Gesetz“ (vergleiche Paragraph 7 d SGB IV). Die sozialversicherungsrechtlichen Erfordernisse sind in der Praxis zwingend bei der Bilanzierung von Wertguthaben zu berücksichtigen.

- Der in den Berechnungen verwendete Umwandlungsbetrag der Muster-

Abbildung 1: Gewinn- und Verlust-Betrachtung
Darstellung der Auswirkungen auf die Gewinnermittlung des Unternehmens

Bilanzjahr Bilanzstichtag 31.12.	Alter	Betriebseinnahmen Wertpapierdepot	Betriebsausgaben Zuführung zu den Erfüllungsrückstellungen	Steuern Steuerliches Ergebnis	Steuern Steuerersparnis bei 40%
2008	37	180	6 360	- 6 180	2 472,00
2009	38	371	6 742	- 6 371	2 548,40
2010	39	573	7 146	- 6 573	2 629,20
2011	40	787	7 575	- 6 788	2 715,20
2012	41	1 015	8 029	- 7 014	2 805,60
2013	42	1 256	8 511	- 7 255	2 902,00
2014	43	1 511	9 022	- 7 511	3 004,40
2015	44	1 782	9 563	- 7 781	3 112,40
2016	45	2 068	10 137	- 8 069	3 227,60
2017	46	2 373	10 745	- 8 372	3 348,80
2018	47	2 695	11 390	- 8 695	3 478,00
2019	48	3 037	12 073	- 9 036	3 614,40
2020	49	3 399	12 798	- 9 399	3 759,60
2021	50	3 783	13 565	- 9 782	3 912,80
2022	51	4 190	14 379	- 10 189	4 075,60
2023	52	4 621	15 242	- 10 621	4 248,40
2024	53	5 078	16 157	- 11 079	4 431,60
2025	54	5 563	17 126	- 11 563	4 625,20
2026	55	6 077	18 154	- 12 077	4 830,80
2027	56	6 621	19 243	- 12 622	5 048,80
2028	57	7 199	20 397	- 13 198	5 279,20
2029	58	7 811	21 621	- 13 810	5 524,00
2030	59	8 459	22 918	- 14 459	5 783,60
2031	60	9 147	24 294	- 15 147	6 058,80
2032	61	9 876	25 741	- 15 865	6 346,00
2033	62	10 648	27 296	- 16 648	6 659,20
2034	63	11 467	28 934	- 17 467	6 986,80
2035	64	12 335	30 670	- 18 335	7 334,00
2036	65	13 255	32 510	- 19 255	7 702,00
Gesamt		147 177	468 338		128 464,40

Abbildung 2: Liquiditätsbetrachtung
Darstellung der Auswirkungen auf die Liquidität des Unternehmens

Bilanzjahr Bilanzstichtag 31.12.	Alter	Auszahlung Beitrag Wertpapierdepot	Liquidität Liquidität vor Steuern	Liquidität Steuerersparnis	Liquidität Liquidität nach Steuern
2008	37	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2009	38	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2010	39	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2011	40	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2012	41	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2013	42	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2014	43	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2015	44	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2016	45	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2017	46	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2018	47	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2019	48	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2020	49	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2021	50	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2022	51	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2023	52	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2024	53	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2025	54	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2026	55	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2027	56	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2028	57	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2029	58	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2030	59	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2031	60	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2032	61	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2033	62	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2034	63	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2035	64	6 000	- 6 000	0	- 6 000
2036	65	6 000	- 6 000	0	- 6 000
Gesamt		174 000	- 174 000		- 174 000

Einfließende Neuregelungen durch die Unternehmensteuerreform 2008

Im Rahmen der Neuregelungen durch die Unternehmensteuerreform 2008 wird dem Unternehmer beziehungsweise dem Gesellschafter einer Personengesellschaft ein Wahlrecht eingeräumt. Der Gewinn kann wie bisher mit dem persönlichen Einkommensteuersatz des Steuerpflichtigen besteuert werden (Einmalbesteuerung). Der im Unternehmen belassene Gewinn kann aber seit dem 1. Januar 2008 auch ganz oder teilweise mit einem speziellen Thesaurierungssatz besteuert werden (Thesaurierungsbegünstigung). Darüber hinaus sind folgende Neuerungen durch die Unternehmensteuerreform 2008 für Personengesellschaften zu beachten:

1. Einmalbesteuerung: Die maximale nominelle Gesamtsteuerbelastung wird bei einem unterstellten Steuersatz von 42 Prozent im Regelfall leicht von vormals insgesamt 45,68 Prozent auf 44,28 Prozent absinken. Jedoch ist gleichzeitig die Erhöhung der Einkommensteuer für besonders hohe Einkommen (sogenannte Reichensteuer) zu beachten. Ab dem 1. Januar 2008 erhöhte sich der Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkommen ab 250 000 Euro für Ledige beziehungsweise 500 000 Euro für Verheiratete von 42 auf 45 Prozent. Als Folge steigt die maximale Gesamtsteuerbelastung in diesem Fall auf 47,44 Prozent.

2. Thesaurierungsbegünstigung: Sollen Gewinne im eigenen Unternehmen investiert werden, besitzt die Kapitalgesellschaft nach altem Recht in der Regel steuerliche Vorteile gegenüber einem Personenunternehmen. Um diesen Vorteil auszugleichen, ist mit der Unternehmensteuerreform 2008 eine Thesaurierungsbegünstigung für Personenunternehmen eingeführt worden. Dies bewirkt, dass nicht entnommene Gewinne eines Wirtschaftsjahres auf Antrag des Steuerpflichtigen vorerst nur mit 28,25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag besteuert werden. Werden diese Gewinne jedoch in einem der folgenden Wirtschaftsjahre entnommen, müssen sie mit 25 Prozent zuzüglich Solidaritätszuschlag nachversteuert werden.

3. Teileinkünfteverfahren: Das bisher für den betrieblichen und den privaten Anleger maßgebliche Halbeinkünfteverfahren bei der Ermittlung der Steuerlast aus Erträgen von Beteiligungen an Kapitalgesellschaften ist komplett reformiert worden. Für den privaten Anleger wird es zukünftig nicht mehr anwendbar sein.

Für betriebliche Anleger (Personengesellschaften) wird es modifiziert weiter gelten (Paragraf 3 Nr. 40 EStG). Das heißt, dass die 50-prozentige Befreiung der Dividenden und Kurs- beziehungsweise Veräußerungsgewinne für betriebliche Anleger ab 2009 auf eine 40-prozentige Befreiung reduziert wird, sodass dann noch 60 Prozent der verbleibenden Dividenden und Kurs- beziehungsweise Veräußerungsgewinne als steuerpflichtig anzusetzen sind („Teileinkünfteverfahren“).

person beläuft sich auf 6 000 Euro jährlich. Aus Vereinfachungsgründen wird davon ausgegangen, dass dieser Betrag in einem Einmalbetrag zum 1. Januar eines jeden Jahres umgewandelt wird, sodass er jeweils für ein volles Bilanzjahr zur Anlage am Kapitalmarkt zur Verfügung steht. Somit werden jeweils 3 000 Euro in steuerprivilegierte Aktienfonds sowie in voll steuerpflichtige Rentenfonds angelegt.

- Bei der in den Berechnungen angenommenen Musterperson wird als Geburtsjahr das Jahr 1971 vorausgesetzt.

Zudem wird eine modellhafte Wertentwicklung der angelegten Wertguthaben sowie der hieraus resultierenden stillen Reserven in Höhe von sechs Prozent angenommen.

- Nicht berücksichtigt sind in den folgenden modellhaften Betrachtungen etwaige Einrichtungs- und Betreuungskosten zur Implementierung und fortlaufenden Verwaltung des jeweiligen Zeitwertkontensystems. Diese Kosten sollten beim jeweiligen Anbieter eingeholt und durch den Anwender bei der Berechnungsbetrachtung berücksichtigt werden.

- Aufgrund der ständigen Weiterentwicklung der laufenden Rechtsprechung und Gesetze können die Autoren keine Haftung dafür übernehmen, dass die in dieser Ausarbeitung getroffenen Aussagen auch in Zukunft noch Bestand haben. Sobald sich neue Rechtsprechungs- und Gesetzesgrundlagen ergeben haben, die die hier getroffenen Aussagen tangieren, gilt es diese unbedingt bei der diesbezüglichen Betrachtung mit einzubeziehen.

Zur Beschreibung der Abbildungen 1, 2 und 3 wird auf die Ausführungen in V&S 02/2008 bei der bilanziellen Untersuchung des Einsatzes von Zeitwertkonten in Kapitalgesellschaften verwiesen. Es wird deutlich, dass bis zu diesem Zeitpunkt, also während der Einbringungsphase von Wertguthaben, grundsätzlich keine Bewertungsunterschiede in der bilanzrechtlichen Erfassung der genannten Investmentvermögen auftreten.

Lediglich die in der GuV-Betrachtung (Abbildung 1) berechnete Steuerersparnis unterscheidet sich aufgrund unterschiedlicher Steuersätze von den Ausführungen im Zusammenhang der Untersuchung von Kapitalgesellschaften in V&S 02/2008.

Während bei der Kapitalgesellschaft eine Steuerbe- beziehungsweise -entlastung in Form eines Gesamtsteuersatzes aus Körperschaft- und Gewerbesteuer von rund 29 Prozent angesetzt wird, werden bei der Personengesellschaft die Gesellschafter unmittelbar durch die individuelle Einkommensteuer be- beziehungsweise entlastet. Vor diesem Hintergrund wurde modellhaft ein direkt dem jeweiligen Gesellschafter zuzuordnender Einkommensteuersatz von 40 Prozent unterstellt. Somit wird die Personengesellschaft an dieser Stelle gegenüber der Kapitalgesellschaft steuerlich begünstigt.

Erläuterungen zu Abbildung 4: Stille Reserven im Störfall von gebildeten Wertguthaben – Darstellung der Auswirkungen der stillen Reserven auf die Gewinnermittlung des Unternehmens

- Durch die Anlage der Wertguthaben in steuerlich privilegierte Aktien-

Abbildung 3: Bilanzpositionen
Darstellung der Auswirkungen auf die Bilanz des Unternehmens

Bilanzjahr Bilanzstichtag 31.12.	Alter	Aktivseite Aktivwert/Depot	Passivseite Zuführung zur Erfüllungsrückstellung	Passivseite Gesamtrückstellung	Stille Reserven Jährliche Steuerersparnis durch Bildung stille Reserven
2008	37	6 180	6 360	6 360	72,00
2009	38	12 551	6 742	13 102	148,40
2010	39	19 124	7 146	20 248	229,20
2011	40	25 911	7 575	27 823	315,20
2012	41	32 926	8 029	35 852	405,60
2013	42	40 182	8 511	44 363	502,00
2014	43	47 692	9 022	53 385	604,40
2015	44	55 474	9 563	62 948	712,40
2016	45	63 542	10 137	73 085	827,60
2017	46	71 915	10 745	83 830	948,80
2018	47	80 610	11 390	95 220	1 078,00
2019	48	89 646	12 073	107 293	1 214,40
2020	49	99 045	12 798	120 090	1 359,60
2021	50	108 828	13 565	133 656	1 512,80
2022	51	119 018	14 379	148 035	1 675,60
2023	52	129 639	15 242	163 277	1 848,40
2024	53	140 717	16 157	179 434	2 031,60
2025	54	152 280	17 126	196 560	2 225,20
2026	55	164 357	18 154	214 714	2 430,80
2027	56	176 978	19 243	233 956	2 648,80
2028	57	190 177	20 397	254 354	2 879,20
2029	58	203 987	21 621	275 975	3 124,00
2030	59	218 447	22 918	298 893	3 383,60
2031	60	233 594	24 294	323 187	3 658,80
2032	61	249 469	25 741	348 938	3 946,00
2033	62	266 117	27 296	376 235	4 259,20
2034	63	283 584	28 934	405 169	4 586,80
2035	64	301 919	30 670	435 839	4 934,00
2036	65	321 175	32 510	468 349	5 302,00
Gesamt			468 349		58 864,40

Abbildung 4: Stille Reserven im Störfall von gebildeten Wertguthaben
Darstellung der Auswirkungen der stillen Reserven auf die Gewinnermittlung

Bilanzjahr Bilanzstichtag 31.12.	Alter	Aktivseite Aktivwert/Depot	Passivseite Erfüllungsrückstellung gesamt	Stille Reserven Realisierter Kursgewinn bei Störfall	Stille Reserven Zu versteuern nach Halb-/Teileinkünfteverfahren
2008	37	6 180	6 360	180	90,00
2009	38	12 551	13 102	551	275,50
2010	39	19 124	20 248	1 124	674,40
2011	40	25 911	27 823	1 912	1 147,20
2012	41	32 926	35 852	2 926	1 755,60
2013	42	40 182	44 363	4 181	2 508,60
2014	43	47 693	53 385	5 692	3 415,20
2015	44	55 475	62 948	7 473	4 483,80
2016	45	63 543	73 085	9 542	5 725,20
2017	46	71 916	83 830	11 914	7 148,40
2018	47	80 611	95 220	14 609	8 765,40
2019	48	89 648	107 293	17 645	10 587,00
2020	49	99 047	120 090	21 043	12 625,80
2021	50	108 830	133 656	24 826	14 895,60
2022	51	119 020	148 035	29 015	17 409,00
2023	52	129 641	163 277	33 636	20 181,60
2024	53	140 719	179 434	38 715	23 229,00
2025	54	152 282	196 560	44 278	26 566,80
2026	55	164 359	214 714	50 355	30 213,00
2027	56	176 980	233 956	56 976	34 185,60
2028	57	190 179	254 354	64 175	38 505,00
2029	58	203 990	275 975	71 985	43 191,00
2030	59	218 449	298 893	80 444	48 266,40
2031	60	233 596	323 187	89 591	53 754,60
2032	61	249 472	348 938	99 466	59 679,60
2033	62	266 120	376 235	110 115	66 069,00
2034	63	283 587	405 169	121 582	72 949,20
2035	64	301 922	435 839	133 917	80 350,20
2036	65	321 177	468 349	147 172	88 303,20

Abbildung 5: Innenfinanzierungspotenziale durch stille Reserven bei der Bildung von Wertguthaben
Auswirkungen der stillen Reserven auf die Innenfinanzierungsmöglichkeiten des Unternehmens

Bilanzjahr Bilanzstichtag 31.12.	Alter	Stille Reserven jährlich Jährliche Steuerersparnis durch Bildung stille Reserven	Kumulierte stille Reserven Kumulierte Steuerersparnis stille Reserven	Anlage stille Reserven Anlage der Steuerersparnis mit sechs Prozent	„Neue“ stille Reserven Anlageergebnis kumulierte Steuerersparnis
2008	37	72,00	72,00	76,32	4,32
2009	38	148,40	220,40	238,20	17,80
2010	39	229,20	449,60	495,45	45,85
2011	40	315,20	764,80	859,29	94,49
2012	41	405,60	1 170,40	1 340,78	170,38
2013	42	502,00	1 672,40	1 953,35	280,95
2014	43	604,40	2 276,80	2 711,21	434,41
2015	44	712,40	2 989,20	3 629,03	639,83
2016	45	827,60	3 816,80	4 724,03	907,23
2017	46	948,80	4 765,60	6 013,19	1 247,59
2018	47	1 078,00	5 843,60	7 516,67	1 673,07
2019	48	1 214,40	7 058,00	9 254,93	2 196,93
2020	49	1 359,60	8 417,60	11 251,40	2 833,80
2021	50	1 512,80	9 930,40	13 530,05	3 599,65
2022	51	1 675,60	11 606,00	16 117,99	4 511,99
2023	52	1 848,40	13 454,40	19 044,38	5 589,98
2024	53	2 031,60	15 486,00	22 340,54	6 854,54
2025	54	2 225,20	17 711,20	26 039,68	8 328,48
2026	55	2 430,80	20 142,00	30 178,71	10 036,71
2027	56	2 648,80	22 790,80	34 797,16	12 006,36
2028	57	2 879,20	25 670,00	39 936,94	14 266,94
2029	58	3 124,00	28 794,00	45 644,60	16 850,60
2030	59	3 383,60	32 177,60	51 969,89	19 792,29
2031	60	3 658,80	35 836,40	58 966,41	23 130,01
2032	61	3 946,00	39 782,40	66 687,16	26 904,76
2033	62	4 259,20	44 041,60	75 203,14	31 161,54
2034	63	4 586,80	48 628,40	84 577,33	35 948,93
2035	64	4 934,00	53 562,40	94 882,01	41 319,61
2036	65	5 302,00	58 864,40	106 195,05	47 330,65
Gesamt		58 864,40			

Abbildung 6: Einmalzahlung des Wertguthabens
Auswirkungen auf die gesamte Liquiditätssituation des Unternehmens

Bilanzjahr Bilanzstichtag 31.12.	Alter	Passivseite Gebildete Erfüllungsrückstellungen	Depotwert Wertguthaben Aktuelles Arbeitnehmer-Wert- guthaben	Stille Reserven Steuerzahlungen aus Aktivierung stille Reserven	Anlage stille Reserven Anlageergebnis stille Reserven
2008	37	6 360	6 360	36,00	76,32
2009	38	13 102	13 102	110,20	238,20
2010	39	20 248	20 248	269,76	495,45
2011	40	27 823	27 823	458,88	859,29
2012	41	35 852	35 852	702,24	1 340,78
2013	42	44 363	44 363	1 003,44	1 953,35
2014	43	53 385	53 385	1 366,08	2 711,21
2015	44	62 948	62 948	1 793,52	3 629,03
2016	45	73 085	73 085	2 290,08	4 724,03
2017	46	83 830	83 830	2 859,36	6 013,19
2018	47	95 220	95 220	3 506,16	7 516,67
2019	48	107 293	107 293	4 234,80	9 254,93
2020	49	120 090	120 090	5 050,32	11 251,40
2021	50	133 656	133 656	5 958,24	13 530,05
2022	51	148 035	148 035	6 963,60	16 117,99
2023	52	163 277	163 277	8 072,64	19 044,38
2024	53	179 434	179 434	9 291,60	22 340,54
2025	54	196 560	196 560	10 626,72	26 039,68
2026	55	214 714	214 714	12 085,20	30 178,71
2027	56	233 956	233 956	13 674,24	34 797,16
2028	57	254 354	254 354	15 402,00	39 936,94
2029	58	275 975	275 975	17 276,40	45 644,60
2030	59	298 893	298 893	19 306,56	51 969,89
2031	60	323 187	323 187	21 501,84	58 966,41
2032	61	348 938	348 938	23 871,84	66 687,16
2033	62	376 235	376 235	26 427,60	75 203,14
2034	63	405 169	405 169	29 179,68	84 577,33
2035	64	435 839	435 839	32 140,08	94 882,01
2036	65	468 349	468 349	35 321,28	106 195,05

fonds ergibt sich für das Unternehmen im Störfall des Arbeitnehmers lediglich ein steuerpflichtiger Ertrag nach den Vorgaben des sogenannten Halb- beziehungsweise Teileinkünfteverfahrens. Das heißt, dass die 50-prozentige Befreiung der Dividenden und Kurs- beziehungsweise Veräußerungsgewinne für betriebliche Anleger ab 2009 auf eine 40-prozentige Befreiung reduziert wird, sodass noch 60 Prozent der verbleibenden Dividenden und Kurs- beziehungsweise Veräußerungsgewinne als steuerpflichtig anzusetzen sind („Teileinkünfteverfahren“). Hierdurch entsteht ein doppelter, periodenbedingter Vorteil für das Unternehmen. Auf der einen Seite erhält es während der Phase der Wertguthabenbildung durch die Zuführungen zu den Erfüllungsrückstellungen enorme steuerliche Abzugsmöglichkeiten. Darüber hinaus muss das Unternehmen im Störfall nur 40 Prozent beziehungsweise ab 2009 60 Prozent der realisierten stillen Reserve versteuern.

Mehr als eine „bloße“ Bruttospar-Chance“ ...

- Die in den **Abbildungen 5 und 6** gemachten Berechnungen beruhen im Vergleich zu denen für Kapitalgesellschaften in V&S 02/2008 darauf, dass die Personengesellschaft Beteiligungen an Kapitalgesellschaften in Form von

Aktienwerten dem Halbeinkünfte- beziehungsweise ab 2009 dem Teileinkünfteverfahren unterwerfen muss (siehe Kasten Seite 46). Insgesamt dokumentiert die steuerliche Behandlung von wertpapiergebundenen Zeitwertkonten zwischen Personen- und Kapitalgesellschaften folgende Unterschiede:

Eindeutig ist, dass der Einsatz von Zeitwertkonten in Unternehmen viel mehr bedeutet, als „bloßes Bruttosparen“ des Arbeitnehmers. Berater werden folglich nicht umhin kommen, den von ihnen betreuten Unternehmen die mannigfaltigen Vorteile darzulegen. Stets jedoch unter Beachtung anlegergerechter Risikostrukturen, Rückdeckungsanlagen für die anzulegenden Wertguthaben sowie die Integration einer Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft.

In der Folge gelangen sowohl die Kapital- als auch die Personengesellschaft in den Besitz der einschlägigen steuerbilanziellen Privilegien, resultierend aus der Beteiligungsbefreiung gemäß Paragraf 8 b KStG für Kapitalgesellschaften sowie des Halb- beziehungsweise Teileinkünfteverfahrens für Personengesellschaften. Das bedeutet aber auch: Je nach Zusammen- und Zielsetzung des jeweiligen Gesellschafterkreises des Unternehmens kann sowohl der eine als auch der andere

Steuervorteil als interessanter empfunden werden.

... nämlich ein betriebsinternes Finanzierungsorgan

Unabhängig davon, welcher Vorteil als der „bessere“ empfunden wird: In beiden Varianten entstehen für die jeweiligen Unternehmen steuerliche und liquiditätswirksame Vorteile, mit denen aus dem „Arbeitszeit-Flexibilisierungsinstrument“ Zeitwertkonten ein ungeahntes betriebsinternes Finanzierungsorgan wird, durch welches Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer profitieren können.

V&S

Christoph Spielmann, Diplom-Kaufmann und Steuerberater, Köln. Spezialisierung auf die betriebswirtschaftliche und steuerrechtliche Beratung und Betreuung mittelständischer Unternehmen mit dem Schwerpunkt der steuer- und bilanzrechtlichen Behandlung von Zeitwertkontensystemen.

cs@stb-spielmann-koeln.de

Sebastian Uckermann, gerichtlich zugelassener Rentenberater für die bAV, Geschäftsführer der Kenston Pension GmbH, Kanzlei für betriebliche Altersversorgung, Köln und Vorsitzender der Facharbeitsgruppe für betriebliche Altersversorgung im Bundesverband der Rentenberater e. V.,

www.kenston-pension.de